

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Hamburgs Platz ist endlich – keine weiteren Migranten, Flüchtlinge oder
Asylbewerber für die Hansestadt**

Hamburg befindet sich inmitten einer zweiten Flüchtlingskrise. Schon bis Oktober 2022 kamen bereits mehr „Flüchtlinge“ als im gesamten Krisenjahr 2015. Auch in den Jahren zwischen diesen Höhepunkten des Migrationsstroms strömten fortwährend zu einem Großteil illegal Eingereiste unter dem Asyl-Vorwand in die Hansestadt und belasteten die Aufnahmefähigkeit unserer Stadt.

Die aktuelle Zahl dieser Personengruppe liegt in Hamburg nach unseren Berechnungen mittlerweile deutlich über 100.000 Personen. Das ist die Bevölkerung einer Stadt wie Bremerhaven.

Ein Großteil von ihnen wohnt auch nach vielen Jahren noch immer in der für den Steuerzahler immens teuren „öffentlichen Unterbringung“. 129 Standorte der Flüchtlingsunterbringung gibt es in unserer Stadt, weitere 100 Standorte kommen nach Angaben von Fördern & Wohnen aktuell hinzu: In den Messehallen, in Turnhallen, auf den Parkplätzen des HSV, auf dem Gelände des Huckepackbahnhofs in Rothenburgsort. Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber sind außerdem in 62 Hamburger Hotels untergebracht. Und in diese Richtung soll es weitergehen. Zu den bereits bestehenden jährlichen Belastungen für den Steuerzahler in Höhe von mehr als 1 Milliarde Euro für Flüchtlinge, Migranten und Asylbewerber in Hamburg kommen nun weitere Kosten in schwindelerregenden Höhen. Die einst mit großem Pathos beschworenen Bürgerverträge mit den Flüchtlingsinitiativen wurden längst gebrochen.

Der seit 2015 stete Migrantenstrom ist auch mitverantwortlich für die Krise auf dem Hamburger Wohnungsmarkt. Städtische Unterkünfte auf den letzten verbliebenen freien Flächen, explodierende Baupreise aufgrund dieser städtischen Bauwut und nicht zuletzt mehrere Tausend Migranten und Flüchtlinge in bestehenden städtischen Wohnungen der SAGA sowie über den § 5-Schein – auch in neuen – Sozialwohnungen heizen den Markt weiter an und rücken ein normales Preisniveau für Hamburger Bürger in weite Ferne.

Hinzu kommt, dass im Zuge der aktuellen Flüchtlingsbewegung die „traditionellen“ Migrantenströme über Balkan- und Mittelmeerroute zeitgleich in einem besorgniserregenden Maße anschwellen. Die Hilfsbereitschaft der Hamburger wird zugleich ausgenutzt, denn jeder zehnte „Flüchtling“ aus der Ukraine ist gar kein Ukrainer.

Hamburg versagt außerdem beim zweiten Teil des Asylverfahrens: Bei der Abschiebung. Aktuell leben in Hamburg 11.340 Ausreisepflichtige, darunter haben 3.941 Personen keine Duldung und sind somit unmittelbar ausreisepflichtig. Das Nichteinhalten bestehender Gesetze durch den Staat ist gesetzestreu den Bürgern nicht zu vermitteln.

Das sind inakzeptable Zustände angesichts der Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur in Hamburg und der stark wachsenden Belastung für jeden Bürger. Die Menschen in Hamburg haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren. Darum verbietet es der Amtseid eines jeden Politikers, Migranten zu bevorzugen und Einheimische zu benachteiligen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Moratorium für die Aufnahme von Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern in Hamburg auszusprechen, den Königsteiner Schlüssel auszusetzen und die für diese Maßnahmen insgesamt erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Kapazitäten eines Stadtstaates sind begrenzt.
2. die Ausreise der über 11.000 Ausreisepflichtigen in Hamburg zu vollziehen, um Platz für wohnungssuchende Hamburger zu schaffen.
3. die Bevorzugung von Migranten gegenüber Einheimischen bei der Vergabe knappen günstigen Wohnraums sofort einzustellen.
4. eine längst überfällige eingehende soziale und ökonomische Bestandsaufnahme (Bildungsgrad, Beschäftigungsgrad, Integrationsstatus, Sprachstatus, Kriminalität) aller Hamburger „Flüchtlinge“ vorzunehmen.